



Landesbezirksbeiratssitzung in Kirkel

Am 5. März 2004 trat auf Beschluss des Landesbezirksvorstandes der Landesbezirksbeirat im Großen Konferenzsaal der Arbeitskammer in Kirkel zusammen.

Das Gremium, das aus dem Landesbezirksvorstand, den Mandatsdelegierten der Kreisgruppen und den Mitgliedern der Großen Tarifkommission besteht, musste sich auf der Tagung u. a. mit notwendig gewordenen Neuwahlen befassen.

Bericht Hugo Müller

Der Landesbezirksvorsitzende eröffnete die Veranstaltung und begrüßte die anwesenden Kolleginnen und Kollegen. Nach einigen ergänzenden Hinweisen zur Tagesordnung wurde diese von den Delegierten einstimmig angenommen.

Es folgte eine ausführliche Analyse von Hugo Müller zum Thema – Gewerkschaftliche Situation im Allgemeinen und Lage der GdP im Besonderen. Während viele Gewerkschaften teilweise erhebliche Mitgliederverluste zu verzeichnen haben, sieht diese Entwicklung bei der GdP deutlich



V. l.: Christof Balthes, Hugo Müller

freundlicher aus. Trotzdem sieht der Landesvorsitzende die Lage als ernst an, ist doch zurzeit ein Verlust der sozialen Orientierungspunkte festzustellen. Durch die Agenda 2010 wurde eine dramatische Entwicklung eingeleitet, die Parteien überbieten sich in der Forderung nach Abbau von sozialen Errungenschaften. In dieser auch von Teilen der Medien angeheizten Stimmung ist festzustellen, dass einige Gewerkschaftsmitglieder resignieren. Eine in diesem Zusammenhang immer wieder kontrovers diskutierte Grundsatzfrage lautet: Soll eine Gewerkschaft eine totale, auf Konfrontation angelegte Verweigerungshaltung einnehmen oder soll sie sich an der Diskussion beteiligen mit dem Ergebnis, eventuell auch schwer verdauliche Kröten schlucken zu müssen? Hierzu hat die

GdP versucht, in einer repräsentativen Umfrage ein Stimmungsbild ihrer Mitglieder zu erlangen. Danach sind über 85 % dagegen, Beamtenrechte herzugeben, um dafür beispielsweise das Streikrecht zu erhalten. Auch eine totale Verweigerungshaltung hält eine

deutliche Mehrheit für nicht angemessen (Die detaillierten Untersuchungsergebnisse werden demnächst in der DP veröffentlicht).

Hugo Müller sprach auch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 an. Hier hatte die GdP Aktivitäten für unsere Seniorinnen und Senioren entwickelt (wir hatten darüber berichtet), die bundesweit als einmalig zu bezeichnen sind. Der Dank an dieser Stelle galt nochmals Arthur Jung und dem Seniorenvorstand, den einzelnen Seniorenvertretern in den Kreisgruppen, unserem Beamtenrechtler Carsten Baum, aber auch Innenministerin Annet Kramp-Karrenbauer für die hilfreiche, unkomplizierte Unterstützung in dem Verfahren. Ein weiteres Themenfeld in den Ausführungen des Landesvorsitzenden war der Tarifbereich.

Auch hier ist der Druck der öffentlichen Arbeitgeber groß. So sind die Tarifverträge über die Arbeitszeit bereits gekündigt. Am 1. 4. 2004 wird die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) wohl den Gesamttarifvertrag kündigen. Es könnten auch uns Verhältnisse wie den Kolleginnen und Kollegen in Berlin, Brandenburg oder Sachsen-Anhalt drohen, wo die Botschaft lautete: Wenn ihr den geplanten Kürzungen nicht zustimmt, wird es betriebsbedingte Kündigungen geben! In den v. g. Ländern hat man sich auf Grund dieser Erpressung darauf verständigt, die Arbeitszeit – aber auch den Lohn – um 10 % zu kürzen, um eben die angedrohten betriebsbedingten Kündigungen zu vermeiden. Hugo Müller schätzte die Situation für das Saarland so ein, dass auch hier die bisherige Tarifgemeinschaft, unter Federführung des Bundes, nicht weiter bestehen wird. Eventuell wird es zu einem Zusammenschluss von verschiedenen Regionen kommen.

Zur konkreten Beförderungssituation/-zahlen zum 1. 4. 2004

Fortsetzung auf Seite 2



Wolfgang Schäfer (links), Hugo Müller



V. l.: Hugo Müller, Charly Wannemacher

LANDES JOURNAL

Fortsetzung von Seite 1

konnte der Landesvorsitzende den Delegierten nichts berichten. Es gibt am 5. März 2004, dreieinhalb Wochen vor dem Beförderungstermin, noch keine konkreten Zahlen oder Listen, so Hugo Müller, dafür gibt es einige Besonderheiten und vor allem Ungereimtheiten. Die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (Ausgabe DP März/04) wurde ebenso angesprochen wie die GdP-Ziele für die Beförderung 2004, die da sind: Schwerpunkt von der A 8 zur A 9 in einer Größenordnung von 150–170 Stellen, Beförderung der aus der A 9 m. Z. übergeleiteten in die A 10, Einstieg in die Beförderung der aus der A 9 Übergeleiteten in die A 10 (keine Konkurrenten der Fachhochschüler, da gesonderte Säule).

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe unseres Landesteils ist der 5. April 2004.



Ausgabe:
Landesbezirk Saarland
Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 81 14 98
Telefax (06 81) 81 52 31
Homepage: www.gdp-saar.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp-online.de

Redaktion:
Johann Karl Wannemacher (Vi.S.d.P.)
Polizeihauptpersonalrat beim MfIS
Präsident-Baltz-Straße 5
66119 Saarbrücken
Telefon: (06 81) 5 01-64 69
E-Mail: gdp Saarland@aol.com

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-2 22
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28
vom 01. 01. 2002

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6489

Auch die Historie der Dienstpostenbewertung bis hin zu den Informationsveranstaltungen der LPD mit Herrn Klein (Leiter D 6) wurde angesprochen und diskutiert. Hierbei wurde eine grundsätzlich positive aber auch kritische Einstellung der überwiegenden Mehrheit der Delegierten ebenso deutlich wie die Hoffnung, dass der Prozess des Bewertens nicht abgeschlossen ist und an der einen oder anderen Stelle auch noch Nachbesserungsbedarf besteht und diesem letztlich auch nachgekommen wird.

Nach der Aussprache zur Rede des Landesvorsitzenden folgte der Bericht des Landeskontrollausschussvorsitzenden. Hartmut Seiler ging hierbei auf 5 Sitzungen des Landeskontrollausschusses ein und bedankte sich bei dem geschäftsführenden Vorstand für die gute, faire und offene Zusammenarbeit.

Kassenbericht

Bevor der stellv. Landeskassierer Ralf Porzel seinen Kassenbericht vortrug, ging Hugo Müller auf die allgemeine Finanzsituation der GdP-Saar und des Sozialwerks ein. Wirtschaftlich stehen beide auf gesunden Füßen. Der Jahresabschluss 2003 wurde präsentiert, so dass auch Ralf Porzel in der Aussprache zu seinem Kassenbericht nur positive Rückmeldungen bekommen konnte. An dieser Stelle dankte der Landesvorsitzende nochmals ausdrücklich dem stellv. Kassierer, der sich nach dem Rücktritt von Jürgen Barth innerhalb ganz kurzer Zeit in die Kassengeschäfte einarbeiten musste und diese Aufgabe mit Bravour meisterte.

Der Prüfbericht der Kassenprüfer wurde von Gerhard Meiser vorgetragen, er bescheinigte den Kassierern eine ordnungsgemäße Kassenführung.

Vor dem Eintritt in die eigentlichen Wahlhandlungen machte Hugo Müller einige grundsätzliche Ausführungen zur Personalsituation/-entwicklung in der GdP-Führung bis zum Landesdelegiertentag 2006. Durch den Rücktritt von Jürgen Barth wurde

die Position des Landeskassierers vakant. Konrad Rauber, der das Amt des stellv. Landesvorsitzenden bekleidet und über 10 Jahre Vorsitzender des PHPR war, legte sein Amt aus dienstlichen Gründen nieder. Im November 2004 wird Hans Jürgen Konopka aus Altersgründen aus seinem Amt (stellv. Landesvorsitzender) ausscheiden. Franz-Josef Groh würde das Amt des Rechtsschutzbeauftragten auch gerne einem Jüngeren überlassen. Und letztlich wird auch Hugo Müller auf dem Landesdelegiertentag 2006 aus dem Amt ausscheiden, das heißt, mittelfristig wird sich in der GdP-Saar das „Personalkarussell“ drehen. Das ist aber der Lauf der Zeit und insofern nichts Besonderes.

Wahlen

Die erste Wahlhandlung bezog sich auf das Amt des stellv. Landesvorsitzenden, hier wurde der bisherige Schriftführer Christof Baltes vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Als neuer Schriftführer wurde Wolfgang Schäfer vorgeschlagen und ebenfalls einstimmig gewählt. Als neuer Landeskassierer wurde Charly Wannemacher vorgeschlagen und einstimmig gewählt.

Da weder Anträge gestellt noch unter Punkt Verschiedenes Wortbeiträge vorlagen, konnte der Landesvorsitzende die harmonisch und sachlich geführte Landesbeiratssitzung schließen und den Delegierten eine gute Heimreise wünschen. **DS**

Anzeige



GdP Reiseservice informiert



Früh buchen, clever sparen !



Chalkidiki Ouranopolis
Hotel Alexandros ★★★★★

Doppelzimmer, Halbpension
ausgewählte Abflüge 22.04.-14.10.04
1 Woche pro Person
Verlängerungswoche pro Person ab € 145
Kinderfestpreis € 249 für 1 Kind 2-14 Jahre bei 2 Vollzahlern
SKG 39022, DED H2, PM: GR, PA: F00

ab **€ 364**

Rhodos Bei Lindos

Hotel Lindos Royal Village ★★★★★

Doppelzimmer, Halbpension
ausgewählte Abflüge 29.04.-31.10.04
1 Woche pro Person
Verlängerungswoche pro Person ab € 145
Kinderfestpreis € 249 für 1 Kind 2-14 Jahre bei 2-3 Vollzahlern
RHO 17016, DFB H2, PM: GR, PA: F00

ab **€ 474**

Zakynthos Vassilikos

Hotel Palazzo di Zante ★★★★★

Doppelzimmer, **all inclusive**
ausgewählte Abflüge 04.05.-12.10.04
1 Woche pro Person
Verlängerungswoche pro Person ab € 270
Kinderfestpreis € 299 für 1 Kind 2-14 Jahre bei 2 Vollzahlern
ZTH 12027, DFH V2, PM: GR, PA: F00

ab **€ 589**

Kos Marmari

Grecotel Royal Park ★★★★★

GRECOTEL Doppelzimmer, **all inclusive**
ausgewählte Abflüge 28.04.-21.10.04
1 Woche pro Person
Verlängerungswoche pro Person ab € 295
Kinderfestpreis € 299 für 1 Kind 2-14 Jahre bei 2 Vollzahlern
KGS 23011, DBH V2, PM: GR, PA: F00

ab **€ 609**

Unsere Hotline: 0681-84 12 40 Fax: 0681-84 12 424

DIENSTPOSTENBEWERTUNG

Funktionsbewertung in Kraft gesetzt!

Seit vielen Jahren erhitzt die Diskussion über die Einführung einer Dienstpostenbewertung bei der saarländischen Polizei die Gemüter. Am 8. März 2004 hat der Polizeihauptpersonalrat (PHPR) der Vorlage über die Dienstpostenbewertung im Rahmen der Mitwirkung (A 12/A 13) zugestimmt, so dass diese zum Beförderungstermin 1. April 2004 in Kraft gesetzt werden kann.



Zuhörer bei der Infoveranstaltung in Saarwellingen

In einem kurzen Rückblick wollen wir das Zustandekommen der Dienstpostenbewertung wieder ins Gedächtnis rufen.

Im Frühjahr 1992 legte das Innenministerium nach der damaligen Polizeireform katalogartig fest, bei welchen Stellenbesetzungen das Mdi bzw. die jeweiligen Behördenleiter Entscheidungskompetenzen haben. Auf dieser Basis wurden 1993 von einer Arbeitsgruppe, unter Leitung des Referates D 6, zwei Kataloge erstellt, in denen jeweils Funktionen aufgelistet waren, die mit den Besoldungsgruppen A 12 bzw. A 13 bewertet werden sollten. Da diese Kataloge summarisch erstellt waren, also rein orientiert an den Haushaltsmöglichkeiten, wurden sie von GdP und PHPR im Mitwirkungsverfahren abgelehnt. Wir verlangten schon zum damaligen Zeitpunkt eine analytische Bewertung, da wir uns hierdurch eine Steigerung von Stellen im Bereich A 12/13 erhofften. Trotz des Widerstandes (es handelte sich leider „nur“ um einen Mitwirkungstatbestand) wurde das Kriterium „Funktion“ und der Funktionenkatalog ab 1994 als vorrangiges Sekundärkriterium

angewandt. Nach dem Regierungswechsel 1999 wurden erneut Gespräche geführt, um eine analytische Bewertung zu erreichen.

Im Februar 2002 gab man unserem Drängen nach und richtete eine Arbeitsgruppe ein, die eine analytische Funktionsbewertung zum Beförderungstermin 1. Oktober 2002 erarbeiten sollte. Mit der Neuorganisation

2002 hatten die bisherigen Bewertungen jedoch ihre Gültigkeit verloren, da alte Funktionen nicht mehr vorhanden und neue Funktionen noch nicht bewertet waren.

So erfolgte die Kandidatenauswahl zum Beförderungstermin 1. April 2002 demnach ohne die Berücksichtigung von Funktionen. Um jedoch nicht eine rein summarische Festlegung auf Dauer zu erhalten, wie dies der Vorschlag der beiden Behördenleiter war, stimmte der PHPR einer vorläufigen summarischen Bewertung für die dann anstehenden Beförderungstermine zu, deren Gültigkeit nur bis zur Einführung der analytischen Bewertung gegeben sein sollte.

Wegen des vergleichbaren Polizeiaufbaus in Schleswig-Holstein und einer dort im Jahre 2000 erfolgten Dienstpostenbewertung wurde das dort mit Erfolg praktizierte Bewertungsverfahren übernommen. Mehr als 400 Dienstposteninhaber in der saarländischen Polizei wurden durch geschulte Interviewer interviewt und die Ergebnisse der Arbeits- und Unterarbeitsgruppe zur Bewertung übermittelt. Mit viel Fleiß wurde in wochenlanger Arbeit eine Bewertung jeder dieser Funktionen durchgeführt. Das Ergebnis wurde im Sommer 2003 von Arbeitsgruppe (Behördenleiter und MfIS) und Hausleitung gebilligt. Nachdem erste Ergeb-

nisse bekannt wurden, wurde eine starke Unruhe in der Polizei erkennbar. Viele waren nicht oder nur unzureichend informiert, einige waren nicht zufrieden mit der Bewertung ihres Dienstpostens und wandten sich mündlich oder schriftlich mit Eingaben an die Personalvertretungen. Der PHPR konnte vor diesem Hintergrund der Vorlage nicht zustimmen und verschob seine Entscheidung bis nach den durch den Leiter D 6, MR Wolfgang Klein, durchgeführten 7 Infoveranstaltungen. In einer klaren und deutlichen Power-Point-Präsentation gelang es Wolfgang Klein darzustellen, auf welcher Grundlage und mit welchem Bewertungsschema die einzelnen Ergebnisse zustande kamen. Abschluss des Meinungsbildungsprozesses war eine Harmonisierungssitzung am 5. März 2004, in welcher Arbeits- und Unterarbeitsgruppe (UAG), sowie Bezirks- und Abteilungsleiter beider Behörden zusammenkamen, um Einwände, Erkenntnisse und Beschwerden aus den Veranstaltungen und Eingaben einvernehmlich zusammenzufassen. Daran schloss sich eine erneute Sitzung der UAG an, bei der Schnittstellendienstposten einer erneuten Bewertung unterzogen wurden. Hier wurde z. B. die Funktion des Leiters Diensthundestaffel in den Bereich A 13 und die seines „Vertreters“ in die A 12 bewertet und angehoben. Da noch einige Quervergleiche und Nachbewertungen erfolgen

mussten, ist für den 9. März eine neuerliche UAG-Sitzung terminiert. Wegen des Redaktionschlusses können wir an dieser Stelle noch nicht über weitergehende Ergebnisse berichten.

Auf Grundlage der bei der GdP-Landesbeiratssitzung am 5. März 2004 erfolgten Forderungen stimmte der PHPR am 8. März der vorgelegten Dienstpostenbewertung zu.

Einen wesentlichen Fakt zur Zustimmung war auch, dass sich aus der Stellenbewertung eine Hebung im Bereich der A 12 um 230 und im Bereich der A 13 um 25 Stellen ergibt, wodurch man hier an die Stellenplanobergrenzen stößt. Eine solche Erweiterung gab es noch nie in der saarländischen Polizei. Da die Beratungen zum Haushalt 2005 ohne dieses Stellenplus durchgeführt werden müssten und der Einstieg in die Erhöhungen erst frühestens 2006 erfolgen könnte, war es wesentlich, vor diesem Zeitpunkt Fakten zu schaffen, die Stellenanhebungen im Haushalt bedingen.

Für den Beförderungstermin 1. April 2004 wird man Kandidaten noch einzelfallbezogen auswählen müssen, aber für spätere Termine verlangen wir ein Beförderungsauswahlssystem, mit dem eine individuelle Karriereplanung, Transparenz und Nachvollziehbarkeit für jede Kollegin und jeden Kollegen ermöglicht wird.

CW

GdP-Forderungen:

1. Transparenz – wir fordern Flexibilisierung, Offenheit und Veränderbarkeit für die Funktionsbewertung. Es muss sich um einen fließenden, sich fortentwickelnden Prozess handeln, der keinesfalls statisch werden darf.

2. Evaluierung – wir fordern eine „Zweitkorrektur“ der Ergebnisse der Funktionsbewertung durch eine alternative Arbeitsgruppe, die sich aus Praktikern und Führungskräften beider Behörden zusammensetzen soll.

3. Berücksichtigung der differenzierten Punktwerte – die Ergebnisse dürfen nicht rein schematisch in 10-Punkte-Schritten von oben nach unten abgearbeitet werden, sondern es müssen größere Spannen entwickelt werden, mit denen man gerecht auswählen kann.

Gesprächstermin mit Innenministerin

Am 10. Februar traf sich die GdP-Spitze mit der Innenministerin, um aktuelle Probleme der saarländischen Polizei zu diskutieren.

Ein Schwerpunktthema der Erörterung war die **Beförderungsrunde „1. April 2004“**. Ministerin Kramp-Karrenbauer stimmte dem Anliegen der GdP ausdrücklich zu, in diesem Jahr ein Hauptaugenmerk auf die Beförderungsrunde von der A 8 zur A 9 und im gehobenen Dienst von A 9 nach A 10 zu legen. Es gilt, im mittleren Dienst den Nachholbedarf entsprechend der Beförderungskonzeption zu decken und im gehobenen Dienst Versprechen bzw. Zusagen (Infoveranstaltung „statt A 9 mZ Perspektive A 10“ vom 14. 11. 2002 in der Aula der LPD) einzulösen.

Nicht weniger wichtig war die Klärung der Frage, wie die Dienstpostenbewertung, deren

Ergebnis in den nächsten Tagen mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen offen und nachvollziehbar diskutiert werden muss (Informationsveranstaltungen werden vorbereitet), bei der zukünftigen Beförderungsauswahl Anwendung finden soll. Frau Ministerin bekräftigte hier ihre Haltung, dass die Umsetzung des Ergebnisses der Dienstpostenbewertung mit entsprechenden Veränderungen im Stellenplan einhergehen muss. Damit verbunden wären dann deutliche Stellenzuwächse in den Besoldungsgruppen A 12 und A 13.

Beim Thema: **Änderung des Weiterbildungsgesetzes (SWBG)** wies die GdP auf erhebliche Anwendungs- und Umsetzungsprobleme, insbesondere im Falle der Inanspruchnahme durch Beschäftigte des Wechselschichtdienstes, hin. Bei den für die Genehmigung zuständigen Dienst-

stellen gibt es Irritationen, wie die „arbeitsfreie Zeit“, die ergänzend einzubringen ist, genau zu definieren ist. Ministerin Kramp-Karrenbauer sagte zu, nach Vorlage konkreter Problemfälle schnellstmögliche Klärung durch ihr Ministerium herbeizuführen.

Hinsichtlich der **Entwicklung des Tarifrechts** im Öffentlichen Dienst nahm Frau Ministerin die Besorgnisse der GdP ernst. Die Sorge besteht darin, dass durch eine gegenseitige Blockade die ernsthaften Reformvorhaben (z. B. Vereinheitlichung des Tarifrechts bei Arbeitern und Angestellten) vernichtet werden. Frau Ministerin erklärte, dass sich die Haltung der saarländischen Landesregierung erst im Zuge der derzeit stattfindenden Verhandlungen über die Neugestaltung



Gesprächsrunde mit der Innenministerin

des öffentlichen Tarifrechts („Prozessvereinbarung“) konkretisieren würde. Hinsichtlich der Wochenarbeitszeit betonte sie erneut ihre Auffassung, dass bei den Tarifbeschäftigten eine Anpassung auf das Arbeitszeitniveau der Beamtinnen und Beamten erfolgen sollte.

Zur anstehenden Beförderungsrunde schrieb der GdP-Landesvorsitzende Hugo Müller am 2. März 2004 einen Brief an die Innenministerin, in welchem er die GdP-Forderungen zusammenfasste. Den Brief haben wir nachfolgend abgedruckt.



Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der Union Internationale des Syndicats des Police

Landesbezirk Saarland

Landesbezirksvorstand

Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken

Telefon: 06 81 / 8114 98 * Telefax: 06 81 / 8152 31

gdp-saarland@gdp-online.de * www.gdp-saar.de

Konten:

Bank für Gemeinwirtschaft, Saarbrücken

Nr. 105084000 (BLZ 590 101 11)

Sparda Bank Saarbrücken

Nr. 5 175 951 (BLZ 590 905 00)

Volksbank Saar-West Saarbrücken

Nr. 309 230 0004 (BLZ 591902 00)

Gewerkschaft der Polizei * Kaiserstraße 258 * 66133 Saarbrücken

Frau Ministerin
Annegret Kramp-Karrenbauer

Franz-Josef-Röder-Str. 21

66119 Saarbrücken

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben

Unser Zeichen

Datum

Is

Dienstag, 2. März 2004

anstehende Beförderungsrunde

Sehr geehrte Frau Ministerin,

in der unlängst mit Ihnen durchgeführten Besprechung haben wir auch die in diesem Jahr bevorstehenden Beförderungen thematisiert. Hierbei bestand insofern große Übereinstimmung, dass in den Beförderungsjahren zur A 9 mD sowie zur A 10 im Jahr 2004 Schwerpunkte gebildet werden sollten. Sie hatten weiterhin gebeten, die unsererseits gemachten mündlichen Ausführungen nachträglich schriftlich zu konkretisieren. Dieser Bitte komme ich im Folgenden gerne nach: Hinsichtlich der zahlenmäßigen Größenordnung wurde unsererseits darauf hingewiesen, dass sich die Beförderungen, die bis einschließlich 01.10.03 in den unterschiedlichen Besoldungsgruppen tatsächlich erfolgt sind, den „Sollzahlen“ der vom Kabinett im Frühjahr 2001 verabschiedeten Stellenplan- und Strukturkonzeption nur sehr unterschiedlich annäherten. Anders ausgedrückt weichen die tatsächlichen Beförderungszahlen in unterschiedlichem Maße von den Sollzahlen der Konzeption ab, es gibt unterschiedliche „Erfüllungsgrade“. So sei etwa darauf hingewiesen, dass bei der Beförderung zur A 9 mD die Konzeption bis zum 01.10.03 Sollzahlen von insgesamt 469 vorsah, tatsächlich aber nur 314 Beförderungen erfolgten, woraus sich ein „Erfüllungsgrad“ von ca. 67 % ergibt. Im Gegensatz dazu liegt der vergleichbare Erfüllungsgrad hinsichtlich der Überleitungen von A 9 mD nach A 9 gD bei ca. 94 %, hinsichtlich der Beförderungen von zum gehobenen Dienst Übergeleiteten nach A 10 mit 21 Beförderungen im Verhältnis zu 29 Möglichkeiten bei ca. 73 % und schließlich bei der Beförderung von

Lehrgangabsolventen nach A 10 mit 160 erfolgten Beförderungen im Verhältnis zu 168 Möglichkeiten gar bei ca. 95 %.

Wenn es also im Jahr 2004 um die Frage geht, welchen konkreten Anteil des Gesamt-Beförderungsbudgets man – im Sinne der propagierten Schwerpunktbildung - im Bereich der Beförderungen nach A 9 mD investiert, sollte dabei mit Priorität der Idee Rechnung getragen werden, die unterschiedlichen Erfüllungsgrade einander stärker anzugleichen als bisher.

Eine Größenordnung von mindestens 170 Beförderungen nach A 9 mD im Jahr 2004 ist die logische und damit zwingende Konsequenz.

Unter Berücksichtigung der zahlenmäßigen Größenordnungen der einzelnen Rangdienstjahrgänge, die in diesem Bereich noch zur Beförderung anstehen, würde eine solche Entscheidung dazu führen, dass alle KandidatInnen, die bis einschließlich Oktober 1995 nach A 8 befördert wurden, in die A 9 mD befördert wären.

Auch der Erfüllungsgrad zur A 10 für Übergeleitete ist aus unserer Sicht mit 73 % unangemessen unterdurchschnittlich. Hier wollen wir daran erinnern, dass bei einer von der GdP organisierten Info-Veranstaltung am 14. November 2002 vor mehr als 150 interessierten KollegInnen der Einstieg in die Beförderung von aus der A 9 mD Übergeleiteten nach A 10 für April 2004 in Aussicht gestellt wurde. Seinerzeit wies die Leiterin D 6 als Vertreterin des Ministeriums sehr deutlich darauf hin, dass die Säule der aus A 9 mD Übergeleiteten als vollkommen eigenständige Gruppe gesehen werden müsse. Für sie sei – nach Wegfall der A 9 mZ - die A 10 als entsprechender Ersatz zu sehen. Nach einer durch den „Umweg“ über den gehobenen Dienst verursachten weiteren Wartezeit sei auch deshalb ein solcher Einstieg zum genannten Zeitpunkt angezeigt.

Sehr geehrte Frau Ministerin, ich möchte Sie bitten, die vorbeschriebenen Ideen und Gedanken bei Ihren Entscheidungen zu berücksichtigen. Sicherlich wäre ein weiterer persönlicher Austausch der Gedanken und Argumente wünschenswert und hilfreich.

Mit freundlichen Grüßen

Hugo Müller

Hugo Müller, Landesvorsitzender

BEFÖRDERUNGEN

Beförderungstermin

Dem Polizeihauptpersonalrat wurde erst am 11. März 2004 die Liste mit den Beförderungskandidaten zugeleitet. Wir müssen uns deshalb mit unserer Berichterstattung auf die zahlenmäßige Wiedergabe des Beförderungsvorhabens beschränken. Wir haben dies in Form der nebenstehenden Tabelle getan.

Das Beförderungsvolumen zum 1. April 2004 beträgt 479 300 Euro. Das bedeutet, dass zum Beförderungstermin 1. April 2004 68,41% des gesamten

Beförderungsbudgets 2004 (700 647 Euro) verausgabt werden.

In der nächsten Ausgabe von Deutsche Polizei werden wir über Zahlen, Fakten und Hintergründe der Kandidatenauswahl berichten.

CW

Beförderungen zum 1. April 2004

gem. Vorlage Ministerium für Inneres und Sport, Stand 12.03.2004

Beförderung nach Besoldungsgruppe	S	K	Gesamt
A 8	1	-	1
A 9 m. D.	67	8	75
A 9 m. Z.	2	-	2
A 9 g. D. prüfungsfrei	117	29	146
A 10 prüfungsfrei	15	13	28
A 9 g. D. FHSV	20	5	25
A 10 FHSV	35	22	57
A 11	4	7	11
A 12	4	3	7
A 13 g. D.	-	1	1
A 15	-	1	1
A 16	1	-	1
Gesamt	266	89	355

JUNGE GRUPPE



Blaulichtmilieu - PARTY.

16. April 2004 Bürgerhaus Burbach
ab 21:00 Uhr Burbacher Markt
66113 Saarbrücken

Karten für
4,- Euro im Vorverkauf
5,- Euro an der Abendkasse

Karten und Infos bei:

Jens Berner, Tel.: 0160/97916287,
e-Mail: Jens.Berner@gdp-saar.de
(PBI SB-St. Johann, -D-)

Seyfi Turan, Tel.: 0170/4421482,
e-Mail: Seyfi.Turan@gdp-saar.de
(PI Völklingen, -B-)

Geschäftsstelle der GdP Saar,
Tel.: 0681/811498

Die Disco-Party für Feuerwehr, Krankenhaus, Zoll, Rettungsdienst, THW, BGS, Justiz, Polizei, usw. ...alle die im Blaulichtmilieu arbeiten

V. l. S. d. P. Gewerkschaft der Polizei Saar, JUNGE GRUPPE, Jens Berner, Kaiserstraße 258, 66133 Saarbrücken

GESETZENTWURF

SPolG-Veränderungen

In Deutsche Polizei 3/2004 berichteten wir über die geplanten Veränderungen im Saarländischen Polizeigesetz. Zwischenzeitlich sind noch nachträglich Veränderungen der Entwurfsvorlage vorgenommen worden, die wir hier kurz vorstellen werden.

Da am 25. März 2004 eine externe Anhörung im Innenausschuss des Saarländischen Landtages zu der Gesetzesnovelle unter Beteiligung der GdP stattfindet, werden wir in der kommenden Ausgabe ausführlich darüber informieren.

In § 49 Absatz 6 wird folgender Satz 2 angefügt:

„Abweichend von Satz 1 kann die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister Bediensteten der Ortspolizeibehörde den Gebrauch von Dienststunden gestatten.“

Begründung:

Mit der Ergänzung des Absatzes 6 werden Bediensteten der Ortspolizeibehörde unter Einführung des Bürgermeistervorbehalts eine zusätzliche, im Wesentlichen auf den Eigenschutz zielende Eingriffsbefugnisse eingeräumt.

Für den Einsatz sind nur ausgebildete Diensthunde zugelassen. Die Befähigung zum Führen von Diensthunden ist nachzuweisen.

CW

Anzeige



Wohnungen im Saarland

Attraktiver Wohnraum in guter Lage zu marktgerechten Preisen.

Schubertstraße 4
66111 Saarbrücken
Telefon: 06 81 - 3 89 30-0
Telefax: 06 81 - 3 89 30-10

Saarland
WOGESaar
Wohnungsgesellschaft
Saarland mbH

www.die-freundlichen-vermieter.de

Wechselschichtzulage für die Absolventen P 22

Am 19. November 2003 hatte die Junge Gruppe einen Beschwerdebrief an Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer geschrieben, in dem die Verweigerung der Zahlung der Wechselschichtzulage für die Absolventen des Stu-

dienganges P 22 moniert wurde. Deutsche Polizei berichtete in der Januarausgabe 2004 darüber. Zwischenzeitlich ist ein Antwortschreiben der Ministerin eingegangen, welches wir nachfolgend abdrucken.

EINGEGANGEN
16. Feb. 2004

Saarland
Ministerium
für Inneres und Sport

Landesvorsitzender
der JUNGEN GRUPPE
der Gewerkschaft der Polizei
Herrn Jens Berner
Kaiserstraße 258

66133 Saarbrücken

29. Januar 2004
Bearbeiter: Herr RAR Brill
Durchwahl: 0681 501-13 66
Fax: 0681 501-2110
Az.: D 6 - V -

Verweigerung der Wechselschichtzulage für PKA/in des Kurses P22

Ihr Schreiben vom 19. November 2003

Sehr geehrter Herr Berner,

zu Ihrem Schreiben vom 19. November 2003, für das ich mich bedanke, teile ich Ihnen mit, dass die Kommissaranwärterinnen und -anwärter des Studienganges P22, die am 2. Oktober 2003 die schriftliche Laufbahnprüfung ablegten und ab 6. Oktober 2003 den verschiedenen Beschäftigungsdienststellen zugeteilt wurden, keine Wechselschichtzulage erhalten, auch wenn sie tatsächlich Wechselschichtdienst geleistet haben. Dies ergibt sich aus Folgendem:

Nach § 20 Abs. 1 der Verordnung über die Gewährung von Erschwerniszulagen (Erschwerniszulagenverordnung – EZuLV) erhalten Beamte und Soldaten eine Wechselschichtzulage, wenn sie ständig nach einem Schichtplan (Dienstplan) eingesetzt sind, der einen regelmäßigen Wechsel der täglichen Arbeitszeit in Wechselschichten vorsieht. Nach Absatz 3 Satz 2 der Vorschrift findet diese Bestimmung aber keine Anwendung auf Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst.

Der Terminus „Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst“ ist dabei als Hinweis auf das bestehende Statusverhältnis zu verstehen. Beim Beamtenverhältnis auf Widerruf ist nämlich insbesondere zu unterscheiden zwischen Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und dem vorübergehend verwendeten Beamten auf Widerruf (vgl. § 6 Abs. 1 Nr. 4 des Saarländischen Beamtengesetzes). Während dieser Dienstbezüge erhält, werden jenem lediglich Anwärterbezüge gezahlt (§ 59 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes [BBesG]). Der vorübergehend verwendete Beamte (auf Widerruf) ist Arbeitskraft, der Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst Auszubildender. Ihm sollen während des Vorbereitungsdienstes gem. § 14 Abs. 1 der Verordnung über die Laufbahn des saarländischen Polizeivollzugsdienstes (Pol.LVO) die

Die Ministerin

Franz-Josef-Röder Straße 21 | 66119 Saarbrücken
Tel. 0681-501-2107/2100 | Fax 0681- 501-2234
e-mail: a.kramp-karrenbauer@innen.saarland.de



Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt werden, die zur Erfüllung der Aufgaben im Laufbahnabschnitt des gehobenen Polizeivollzugsdienstes erforderlich sind. Insofern bestimmt § 59 Abs. 2 Satz 3 BBesG folgerichtig, dass ihm – neben den Anwärterbezügen – Zulagen und Vergütungen nur dann gewährt werden, wenn dies bundesgesetzlich ausdrücklich bestimmt ist. Im Falle der Erschwerniszulage ist aber gerade umgekehrt bestimmt, dass sie an Beamte im Vorbereitungsdienst nicht gezahlt werden, da sie Wechselschichtdienst allenfalls zu Ausbildungszwecken leisten (sollen).

Vorstehende Ausführungen gelten unabhängig von der Frage, ob sich der Vorbereitungsdienst um die Zeit der Laufbahnprüfung verlängert (so Scheerbarth/Höfken, Beamtenrecht, 5. Auflage 1985, S. 296) oder aber vor Ablegen der Prüfung bereits beendet ist (so Juncker, Beamtenrecht, Anm. 2 zu § 25 SLVO, vgl. auch § 15 Abs. 1 Pol.LVO). Denn in jedem Fall bleibt der Anwärter bis zum Ende der Laufbahnprüfung, d. h. bis zum Abschluss des mündlichen Teils, im Statusverhältnis des Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst; erst dann ist das Beamtenverhältnis auf Widerruf in ein Beamtenverhältnis auf Probe umzuwandeln (§ 15 Abs. 2 Pol.LVO).

Ich bedauere es sehr, Ihnen mitteilen zu müssen, dass ich angesichts des eindeutigen Wortlautes des § 20 Abs. 3 Satz 2 EZuLV keine Möglichkeit sehe, Ihrem Anliegen zu entsprechen und die Wechselschichtzulage weiterhin auszus zahlen. Das unbefriedigende Ergebnis kann – bis zu einer Änderung der bundesrechtlichen Regelung des § 20 EZuLV – nur so vermieden werden, dass die Anwärterinnen und Anwärter vor Umwandlung ihres Beamtenverhältnisses auf Widerruf im Vorbereitungsdienst in ein solches auf Probe (nach Ablegen des mündlichen Teils der Laufbahnprüfung) nicht im Wechselschichtdienst eingesetzt werden.

Vor diesem Hintergrund habe ich durchaus Verständnis für Ihr Anliegen, § 20 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 1 aus der Erschwerniszulagenverordnung zu streichen.

Unabhängig davon habe ich die Fachhochschule für Verwaltung um Überprüfung gebeten, ob die Zeit zwischen schriftlichem und mündlichem Teil der Prüfung nicht deutlich verkürzt werden kann. Auf diese Weise könnte das dargestellte Problem zumindest zeitlich minimiert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Annegret Kramp-Karrenbauer

KG LANDESKRIMINALAMT

Werner Strauß wurde 80 Jahre alt

Werner Strauß ist 80! Inmitten vieler Freunde und Verwandte feierte Werner Strauß seinen Geburtstag. Dies spricht eine eigene Sprache. Für ihn, für einen sympathischen Menschen, der seine Wärme an Kollegen wei-

tergeben konnte. Nicht zuletzt in seiner langjährigen Funktion als Pressesprecher des LKA (damals KPA). Ihm blieb es nicht erspart, schicksalträchtiges bekanntzugeben. Auch selbst musste er viele Schicksalsschläge in Kauf neh-

men und ist trotzdem ungebrochenen Mutes geblieben (zumindest nach außen).

Vielen Dank Werner, dass es Dich bei uns gibt und alles Gute zu dem runden Geburtstag.

HG



Werner Strauß

KG LANDESPOLIZEIDIREKTION

Mitgliederversammlung, Vorstandsneuwahlen und Ehrungen

Am 16. 2. 2004 fand in der Aula der Landespolizeidirektion die Mitgliederversammlung der Kreisgruppe LPD statt. Neben den zahlreich erschienen Mitgliedern konnte der stellv. Vorsitzende, Uwe de Buhr, auch einige Gäste, darunter den Landesvorsitzenden Hugo Müller und den stellv. Landesvorsitzenden Reinhold Schmitt begrüßen.

Durch das Ausscheiden von Jürgen Barth als Vorsitzenden, Berthold Reitler als Kassierer, Björn Brühl als Schriftführer und Norbert Meiners als Beisitzer waren mehrere Ergänzungswahlen für den Vorstand notwendig. Die Verhandlungsleitung wurde nach einstimmiger Wahl durch Carsten Baum übernommen, der die Versammlung in gewohnter und gekonnter Art durch die Tagesordnung führte.

Berichte

Im Rahmen des Situationsberichtes stellte Uwe de Buhr die Aktivitäten der Kreisgruppe im vergangenen Jahr vor und bezog sich auf die veränderte Situation durch den Rücktritt von Jürgen Barth. Hierbei wurde Jürgen auch Dank für die geleistete Arbeit in der Kreisgruppe ausgesprochen. Ein besonderes Dankeschön ging auch an die Adresse von Berthold Reitler, der als langjähriges Mitglied aktive Gewerkschaftsarbeit geleistet hat und in Kürze in den wohlverdienten Ruhestand versetzt wird. Anschließend berichtete Hugo Müller ausführlich über die gewerkschaftliche Situation auf Landes- und Bundesebene und machte umfangreiche Ausführungen zu den aktuellen Problemstellungen (u. a. Kürzungen im öffentlichen Dienst, Beförderungssituation, Dienstpostenbewertung ...). Durch die Berichte wurde deutlich, dass wir uns in einer schwierigen Zeit befinden, in der soziale Errungenschaften von Jahrzehnten wegbrechen. Umso mehr wurde

aber auch deutlich, dass solide gewerkschaftliche Arbeit mehr denn je erforderlich ist.

Nach dem Kassenbericht, den Berthold Reitler letztmalig in dieser Funktion abgab, bescheinigten die Kassenprüfer eine tadellose Kassen- und Buchführung und beantragten die Entlastung des Kassierers.

Wahlen

Auf Basis der anschließend durchgeführten Ergänzungswahlen setzt sich der Vorstand nunmehr wie folgt zusammen:

Vorsitzender ist Uwe de Buhr, stellv. Vorsitzende Dieter Kuhn und Bruno Leinenbach. Kassierer wurde Gerhard Türkis und zum Schriftführer Frank Dell gewählt. Als Beisitzer fungieren Otto Kempf, Karlheinz Berhard, Ralf Britzius, Stefan Schmitz, Peter Müller, Helmut Schuch und Robert Schmitt.

Ehrungen

Abschließend nahm der neue Vorsitzende Uwe de Buhr die Ehrungen für langjährige Mitgliedschaft in der GdP vor. Herauszuheben ist die Ehrung von **Ewald Puhl für 50-jährige Mitgliedschaft in der GdP**, die Hugo Müller und Uwe de Buhr gemeinsam durchführten.

Weitere Ehrungen wurden wie folgt vorgenommen bzw. werden bei den nicht Anwesenden nachgeholt:

Für 40 Jahre Mitgliedschaft in der GdP:

Helmut Weigerding, Martha Spreuer, Klaus Hardt, Heinrich Mathieu und Gerhard Thomas.

Für 25 Jahre Mitgliedschaft in der GdP:

Herbert Bühl, Roland Clos, Renate Becker, Manfred Ternig, Gerda Höche, Michael Britz, Volker Maul, Hans-Peter Schäfer, Paul Haben, Michael Baumann, Paul Zimmer, Konrad Rauber,



V. l.: Hugo Müller, Uwe de Buhr, Ewald Puhl

Volker Graf, Wolfgang Scherer, Wolfgang Link, Dieter Kuhn, Josef Patti, Arthur Mohr, Werner Weimann, Jörg Steinbach, Günter Rommelfanger, Günter Hoffmann, Michael Zimmer, Jürgen Spaniol, Karl-Michael Flieger, Klaus-Dieter Jochum, Uwe Recktenwald, Karl-Heinz Wiesen, Jür-

gen Böing, Helmut Kunzler, Harald Rohe, Margret Lauer, Thomas Reichmann, Hans-Dieter Dörrenbecher, Manfred Ehre, Markus Lubjuhn, Friedhelm Jungmann, Detlef Kilch, Jürgen Meiser, Hans-Jürgen Kirsch, Uwe Steffen, Klaus-Dieter Ries, Christoph Schmitt, Brigitte Schuster, Stefan Lill. BL

KG SAARLOUIS

Unterbringung „Mangelhaft“

Nur Insider kennen die „unendliche Geschichte“ der Unterbringungssituation des Polizeipostens Überherrn. Diese ist mehr als bescheiden! Fließend warmes Wasser? Fehlanzeige! Duschen? Luxus! Die gemeinsamen Versuche der GdP (ÖPR), der PI Bous und des Polizeibezirks Saarlouis, den unerträglichen Zustand abzustellen, füllen zwischenzeitlich zumindest einen Aktenordner – waren aber erfolglos. Das sollte im Sinne der Bürgerinnen und Bürger von Überherrn, vor allem aber im Sinne der betroffenen Kollegen genügen. Unverzügliches Handeln, nicht sinnloses Füllen von Aktenordnern ist angesagt, will man hier schnellstmöglich für Abhilfe sorgen. Der GdP-Kreisgruppenvorsitzende kann

sich an eine Ortsbegehung mit vielen Menschen erinnern, die sehr betroffen waren. Getan hat sich bisher nichts. Also MFIS, packen wir es endlich an! Es gibt viel zu tun, wie das Bild beweist. **DS**



LANDES JOURNAL

KG SAARLOUIS

Geburtstage und Sterbefälle

Geburtstag Hans Pohl

Am 13. 2. 2004 vollendete unser GdP-Kollege Hans Pohl im Kreise seiner Verwandten, Freunde, Bekannten und langjährigen Weggefährten seinen 90. Geburtstag.

Ein Geburtstagsgeschenk und die besten Wünsche aller GdP-Kolleginnen und Kollegen überbrachten der Seniorenvertreter Günter Backes und der Kreisgruppenvorsitzende Dirk Schnubel. Insider haben erklärt, dass Hans zu bestimmten Anlässen den Ausspruch tätigt: „Da steckt der Teufel drin“.



V. l.: Hans Pohl, Hermine Pohl, Günter Backes

Lieber Hans, wir wünschen Dir von ganzem Herzen, dass Du diesen Spruch noch recht lange und vor allem bei guter Gesundheit kundtun kannst und dass zu deinen 53 Jahren GdP-Mitgliedschaft noch einige hinzukommen.

Verabschiedung Josef Lenhof

Nachdem er am 12. 2. 2004 seinen 60. Geburtstag feiern konnte, musste er mit Ablauf des Monats Februar gehen. Viele Freunde, Bekannte, Verwandte und Weggefährten waren der Einladung von Jope Lenhof in den IPA-Keller der PBI Saar-louis gefolgt.



V. l.: Dirk Schnubel, Josef Lenhof

Sogar Frau Bachmann (MdL-CDU) und Herr Altmaier (MdB-CDU) ließen es sich nicht nehmen, ihren „Schwarzen Bruder“ in den Ruhestand zu verabschieden.

Lieber Jope, Deine GdP-Kolleginnen und Kollegen wünschen Dir für Deinen (Un) Ruhestand alles Gute, vor allem Gesundheit. Und denk daran den Kreisgruppenvorsitzenden zu den von Dir organi-

sierten Kollegentreffen ins Brauhaus einzuladen!

Sterbefälle

**Schmerz und Freude
liegt in einer Schale;
ihre Mischung ist der
Menschen Los**
(J. G. Seume)

Die KG Saarlouis trauert um ihre langjährigen GdP-Mitglieder Jakob Rolles (86) und Klaudius Katgeli (74), die von uns gegangen sind und die bis zu ihrem Tode der GdP die Treue gehalten haben.

Unser Mitgefühl gehört den Angehörigen der Verstorbenen.

DS

AUSLANDSEINSATZ

Saarländer im Kosovo

Saarländische Polizisten bei UNMIK Police (United Mission in Kosovo).

Die derzeitige Gesamtstärke des deutschen Polizeikontingents im Kosovo liegt bei ca. 270 Beamten. Zum Jahreswechsel wurde die Anzahl der entsandten Kollegen entsprechend der politischen Vorgaben stark reduziert. Dies geschah durch eine fast gänzliche Streichung des Januar-Wechsels; bedeutet, dass im Januar zwar ca. 80 Kollegen ihre Missionszeit in der Balkanregion beendet haben, dagegen aber lediglich 5 Polizisten eingereist sind. Somit wurde auf einen Schlag der geforderte Kräfteinsatz für das Jahr 2004 erreicht.

Spätestens durch eine wiederholte landesweite Ausschreibung 2003 dürfte bekannt sein, dass auch saarländische Kollegen seit dem Jahr 2001 die Möglichkeit haben, sich für eine Teilnahme an der Auslandsmission zu bewerben.

Vier Polizeivollzugsbeamte des Saarlandes verrichten derzeit ihren Dienst bei der UNMIK Police. Während 2 Kollegen im Mai 2003

bei einer Kriminaldienststelle, die sich mit der Bekämpfung organisierter Kriminalität beschäftigt. Diese Dienststelle ist u. a. durch das außerordentliche Engagement und die eingebrachte Arbeit unserer Kollegen zu einer Vorzeigeeinheit herangewachsen, die mittlerweile nicht nur als gern-gesehener Partner bei internationalen Kooperationen (auch in Deutschland) angesehen wird, sondern auch den Ruf einer innovativen Musterdienststelle bei der UN in New York hat.

Alle vier Kollegen haben innerhalb der Dienststelle verschiedene Aufgabenbereiche, wie sie unterschiedlicher nicht sein könnten. Während ein Kollege mittlerweile stellvertr. Dienststellenleiter, Arbeitsgebiet Ermittlung ist, ist ein anderer für die ordnungsgemäße Abwicklung des gesamten finanziellen Budgets der Dienststelle verantwortlich, wobei sich in der letzten Woche seine Zuständigkeit auf den gesamten „Crime Pillar“ der UNMIK Police (vgl. LKA) ausgedehnt hat. Die beiden anderen Polizisten haben

eine gänzlich andere Herausforderung angenommen und widmen sich einem in 2003 angelaufenen Projekt, das sich mit der Selektion von Polizisten des Kosovo Police Service, anschließender Rekrutierung geeigneter Bewerber, sowie deren Aus- und Fortbildung befasst.

Die UN-Verwaltung gewährt durchschnittlich 5 Tage Freizeit-ausgleich pro Monat, da das System die 7 Arbeitstage/Woche kennt. Auch oder gerade weil die Arbeit der Hauptbestandteil seines Aufenthaltes darstellt, freut man sich umso mehr auf die Zeiten, in denen man seine Familie und Freude „dahemm“ besuchen kann. Also bis dann, irgendwo im Saarland.

Dirk Rahmann



Essen fassen während einer Durchsuchungsaktion

ausreisen, wurde jeweils ein Beamter im März 2003 und September 2003 ins Missionsgebiet entsandt. Wie es manchmal der glückliche Zufall bei der Stellen-zuteilung will, teilweise aber auch durch das persönliche Engagement der Beteiligten bedingt, versehen alle vier Beamte ihren Dienst in der Hauptstadt des Kosovo, Pristina. Und damit noch nicht genug, die Saarländer fanden allesamt eine Beschäftigung